



## „Hilfe bei der Sisyphusarbeit“

Dokumentation der Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2001 an Max van der Stoel

### E D I T O R I A L

Knapp neun Jahre, von 1993 bis Juni 2001, bestand eine der wichtigsten Aufgaben von Max van der Stoel darin, „Schlagzeilen zu verhindern“. Mit diesen Worten beschreibt der ehemalige Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE seine „stille Diplomatie“ in Mittelost- und Südosteuropa.

Der Niederländer gab mit seiner Vermittlungstätigkeit Beispiele für eine moderne Sicherheitspolitik, mit der nicht nur die Symptome von Gewalt – meistens zu spät – bekämpft, sondern deren Ursachen beseitigt werden. Für ihn gehört das Verständnis für und das Aufgreifen von Minderheitenanliegen zu „good governance“. Die Gewährung von Menschen- und Bürgerrechten für alle Bevölkerungsteile spielt dabei eine zentrale Rolle, da sie die Grundlage für einen konstruktiven Dialog bilden, aus dem Vertrauen und Kooperation erwachsen können.

Van der Stoel entwickelte die Konfliktprävention zu einem erfolgreichen friedenspolitischen Instrument und wurde für sein Engagement ohne Einmischung mit dem diesjährigen Hessischen Friedenspreis der Albert-Osswald-Stiftung ausgezeichnet.

Laudator auf dem Festakt im Wiesbadener Landtag am 21. Juni war der frühere österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky. Seine Rede sowie die Dankesworte des Geehrten dokumentieren wir neben den Reden von Landtagspräsident Klaus Peter Möller, Hessens Innenminister Volker Bouffier und dem Kuratoriumsvorsitzenden Ernst-Otto Czempiel.

Nicola Buskotte



Zwei Vermittler im Gespräch: Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten Max van der Stoel (rechts) wurde am 21. Juni 2001 im Wiesbadener Landtag mit dem Hessischen Friedenspreis geehrt, der in diesem Jahr zum achten Mal verliehen wurde. Laudator des Festaktes war der ehemalige österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky (links), der – ebenfalls im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – in den vergangenen Jahren viel zur Entschärfung des Konfliktes in Albanien beigetragen.

Bild: Henrich/Hessischer Landtag

---

Klaus-Peter Möller

---

### Der Präsident des Hessischen Landtags in seiner Begrüßung:

Der Hessische Friedenspreis wird heute zum achten Mal seit 1994 verliehen. Der mit 50.000 Mark dotierte Preis geht zurück auf eine Initiative des früheren Hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald. Ihm und seiner Familie danken wir für ein Engagement, das es uns hoffentlich auch in Zukunft ermöglichen wird, den Hessischen Friedenspreis zu verleihen.

Der Einsatz für den Frieden in der Welt bleibt eine politische und moralische Forderung für unbegrenzte Zeit. Es ist wichtig, dass es Menschen gibt, die dies nicht nur als eine Herausforderung für Staaten und Organisa-

tionen sehen, sondern auch als ganz persönliche Aufgabe verstehen und sich ihr stellen. Sie, sehr geehrter Herr Dr. van der Stoel, gehören zu diesen Menschen. Sie verdienen für Ihr Wirken als der erste Hohe Kommissar für nationale Minderheiten Dank und Anerkennung.

Der Hessische Friedenspreis ist Zeichen dieser Anerkennung, die Ihnen durch Politik und Gesellschaft entgegengebracht wird. Er ist Ausdruck des Bewusstseins, dass wir in Europa bei dem Bemühen um weltweiten Frieden und Völkerverständigung auf einer gemeinsamen Grundlage stehen. Ihre Anwesenheit, Herr Bundeskanzler Vranitzky, und Ihre Bereitschaft die Laudatio zu halten, machen dies ebenfalls deutlich.

Gleichwohl ist der Hessische Friedenspreis auch eine bewusst hessische Auszeichnung – eine Anerkennung durch die hessischen

Bürgerinnen und Bürger, die wir am Sitz des Landesparlaments zum Ausdruck bringen – genau an dem Ort, an dem sehr deutlich wird, was der große deutsche Philosoph Immanuel Kant als eine von drei Grundvoraussetzungen für den Frieden bezeichnet hat: die Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt. So nachzulesen in seinem „philosophischen Entwurf zum Ewigen Frieden“ aus dem Jahre 1795.

Als weitere grundlegenden Voraussetzungen nannte er dort, dass das Völkerrecht auf einem „Föderalismus freier Staaten“ gegründet sein müsse und das Weltbürgerrecht den Bedingungen „der allgemeinen Hospitalität“ zu entsprechen habe. Gewaltenteilung, Nationalstaatsprinzip und Toleranz gegenüber Fremden in Verbindung mit der Akzeptanz von Unterschieden – das waren für Kant die Voraussetzungen, um überhaupt an einen ewigen Frieden denken zu können. Noch heute ist die Schrift „Zum ewigen Frieden“, in der große Teile des Völkerrechts und supranationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union ein Stück weit vorgedacht wurden, außerordentlich aktuell.

Die von Kant genannten Voraussetzungen für den Frieden sind heute gewichtige Aspekte, wenn es darum geht, bestehende Konflikte zu lösen, und, was noch wichtiger ist, die Ursachen von Kriegen zu bekämpfen. Denn Frieden ist mehr als ein bloßer Friedenschluss und das Nicht-Vorhandensein von Gewalt. Das Bemühen um den Frieden fängt nicht erst an Schlagbäumen an, sondern muss schon innerhalb der eigenen nationalen Grenzen und

innerhalb der eigenen Gesellschaft bis hinein in den Bereich der Familie beginnen. Dies ist uns bei jeder Verleihung des Hessischen Friedenspreises immer wieder deutlich geworden, obwohl natürlich jeweils nationale oder regionale Konflikte thematisch im Mittelpunkt standen.

Der Titel von Kants Entwurf war übrigens dem Namen eines niederländischen Wirtshauses entlehnt, auf dessen Aushängeschild ein Friedhof abgebildet war: „Zum ewigen Frieden“. Auch Kant war sich darüber im Klaren, dass es den ewigen Frieden zumindest in dieser Welt nicht geben wird.

Dennoch ist es lohnenswert, darüber nachzudenken, wie man ihn erreichen könn-

Stoel, wieder ein Stück näher kommen. Dafür danken wir Ihnen und bitten Sie, den Hessischen Friedenspreis als Zeichen unserer Anerkennung anzunehmen.

---

**Volker Bouffier**

---

## Der Hessische Minister des Inneren und für Sport in seinem Grußwort:

Sehr geehrter Herr van der Stoel, im Namen der Hessischen Landesregierung darf auch ich Sie als den achten Träger des Hessischen

Friedenspreises sehr herzlich in unserer Landeshauptstadt Wiesbaden begrüßen. Bürgerkriege, Staats- und Rebellenterror, massive Vertreibungen und die Ermordung von Mitgliedern anderer ethnischer Gruppen – das 20. Jahrhundert ging mit einer Welle der Gewalt zu Ende, die sich fortsetzt. Somalia, Ruanda, und insbesondere die Region des früheren Jugoslawien – sie wurden zu Synonymen für Staatsverfall und Völkermord. Die Gewalteskalation und der Krieg im Kosovo, der blutige Grenzkrieg zwischen Äthiopien und Eritrea, die Auseinandersetzungen in Ost-Timor – leider lässt sich diese Aufzählung kriegerischer Konflikte weiter fortsetzen. Leider beginnt das 21. Jahrhundert nicht friedlicher.

*Für den Präsidenten des Hessischen Landtages Klaus Peter Möller ist „Frieden mehr als ein bloßer Friedenschluss und das Nicht-Vorhandensein von Gewalt. Das Bemühen um den Frieden fängt nicht erst an den Schlagbäumen an, sondern muss schon innerhalb der eigenen nationalen Grenzen und innerhalb der eigenen Gesellschaft bis hinein in den Bereich der Familie beginnen.“*

*Bild: Henrich/Hessischer Landtag*



te. Und es ist unverzichtbar, dass es Menschen gibt, die immer wieder dafür kämpfen. Der ewige Frieden bleibt ein Fernziel, das wir nicht erreichen werden, aber dem wir auch durch Ihren Einsatz, Herr Dr. van der

nichts vor: Konflikte wird es immer geben. Dort, wo Menschen zusammen leben; dort, wo verschiedene Kulturen aufeinander treffen; dort, wo exterritoriale Ansprüche geltend gemacht werden, dort entstehen



In seinem Grußwort betonte Hessens Innenminister Volker Bouffier, dass Max van der Stoel für neue und zukunftsweisende Formen der Friedenssicherung und Sicherheitspolitik stehe und fügte hinzu: „Jetzt ist es an der Politik, im Interesse von Deeskalation und Krisenprävention Konzepte zu entwickeln.“  
Bild: Henrich/Hessischer Landtag

Konflikte. Die meisten dieser Konflikte, die dann zum Ausbruch eines Krieges führen, sind bekannt oder zumindest vorhersehbar. Viele der Konflikte, die zur Folge haben, dass Menschen, insbesondere auch Frauen und Kinder, sterben müssen, hätten vielleicht nicht eskalieren müssen, wenn man nach Möglichkeiten der zivilen Vorbeugung gesucht hätte, wenn man Maßnahmen zur Konflikt-Deeskalation ergriffen hätte.

### Kontinuierliche Unterstützung friedensorientierte Kräfte

Ich sehe deshalb die Verleihung des Friedenspreises an Max van der Stoel als einen wichtigen Anstoß dafür, zeitgemäße Konfliktlösungsstrategien zu verfolgen, Konflikten frühzeitig vorzubeugen, um zu verhindern, dass es zum Ausbruch von Gewalt kommt. Mit dem langjährigen OSZE-Minderheitenkommissar wird eine Persönlichkeit geehrt, die gerade dafür steht: Konflikte zu erkennen und zu entschärfen, bevor sie sich zu offenen kriegerischen Auseinandersetzungen ausweiten.

Max van der Stoel steht für eine neue Form der Friedenssicherung. Er steht damit auch

für eine neue Form von Sicherheitspolitik. Sein Ansatz ist zukunftsweisend. Jetzt ist es an der Politik, im Interesse von Deeskalation und Krisenprävention Konzepte zu entwickeln.

Ich denke hierbei etwa daran, wie Übergangs- und Demokratisierungsprozesse konstruktiv begleitet werden können; ich denke hierbei insbesondere an die kontinuierliche Unterstützung friedensorientierter Kräfte in Krisenregionen; ich denke hierbei aber auch an die Förderung eines effektiven Staates, der sich nicht durch Repression auszeichnet, sondern seinen Bürgern ein Mindestmaß an Frieden und Wohlstand garantiert; ich denke hierbei daran, dass mit Sanktionen zu- meist nur die getroffen werden, die ohnehin schon in Not geraten sind.

Sowohl die staatliche Diplomatie als auch die nichtstaatliche Friedensarbeit sollten besser auf Krisen vorbereitet sein. Denn, wie ich schon eingangs gesagt habe: Krisen und Konflikte wird es immer geben, solange es Menschen mit ihren unterschiedlichen Interessen gibt.

Wie es gehen könnte, haben Sie, verehrter Herr van der Stoel, uns vorgemacht. Dafür danke ich Ihnen und gratuliere Ihnen zur Auszeichnung mit dem Hessischen Friedenspreis.

## Max van der Stoel

- 1924 geboren am 3. August
- 1947 Erstes juristisches Staatsexamen an der Universität Leiden
- 1948 Zweites juristisches Staatsexamen
- 1953-58 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wiardi Beckman Institut (dem Forschungszentrum der Arbeitspartei)
- 1958-65 Internationaler Sekretär der niederländischen Arbeitspartei
- 1960-63 Mitglied des Oberhauses des niederländischen Parlaments
- 1963-65 Mitglied des Unterhauses des niederländischen Parlaments
- 1965-66 Staatssekretär im Außenministerium
- 1966-73 Mitglied des Unterhauses
- 1973-77 Außenminister
- 1977-81 Mitglied des Unterhauses
- 1981-82 Außenminister
- 1983-86 ständiger Repräsentant der Niederlande bei den Vereinten Nationen
- 1986-92 Mitglied des niederländischen Staatsrats
- 1992-01 Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten



*Professor Dr. Ernst-Otto Czempiel unterschrieb in seiner Ansprache die Bedeutung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die „1990 von den ehemaligen Gegnern im Kalten Krieg in Leben gerufen, die Vorbeugung zu ihrem politischem Lebenselixier gemacht“ habe.*

*Bild: Henrich/  
Hessischer Landtag*

---

## Ernst-Otto Czempiel

---

### Der Vorsitzende des Kuratoriums Hessischer Friedenspreis in seiner Ansprache:

Mit dem Beschluss, den Friedenspreis 2001 an Max van der Stoel zu verleihen, hat das Kuratorium Hessischer Friedenspreis Neuland betreten. Bisher haben wir Leistungen ausgezeichnet, die sich auf die Beendigung bereits gewalttätig gewordener Konflikte gerichtet hatten.

In diesem Jahr würdigen wir in der Person von Max van der Stoel den Versuch, die Stufe der Gewalt bei der Konfliktbearbeitung erst gar nicht eintreten zu lassen. Das hat Max van der Stoel in den mehr als acht Jahren seiner Tätigkeit als Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten erfolgreich getan. Er hat Europa manche gewaltsamen Auseinandersetzungen erspart, indem er sie vorbeugend auflöste. Er hat die Prävention erfolgreich praktiziert.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte in 1992 die Bedeutung dieser neuartigen Politik erkannt und die Prävention zur obersten Strategie der Konfliktbearbeitung erhoben. Unser Preisträger hat diese Direktive in Politik umgesetzt – vielleicht nicht als Einziger, aber als einer von wenigen und unter ihnen sicher der Bedeutendste.

Mit der Verleihung des Friedenspreises an Max van der Stoel möchte das Kuratorium dazu beitragen, dass sich das Konzept der Prävention auch im Westen wieder mehr verbreitet. Es steht zwar in der deklaratorischen Politik hoch im Kurs, hat es aber in der Praxis sehr schwer, sich gegen die traditionellen Vorstellungen von Sicherheitspolitik durchzusetzen.

Vorbeugung ist ein anspruchsvolles Konzept. Es erfordert nicht weniger, als die Außenpolitik – so, wie es die beiden früheren Bundespräsidenten von Weizsäcker und Herzog gesagt haben –, als Innenpolitik zu begreifen und die Mittel und Instrumente entsprechend auszurichten. Die sozioökonomischen Voraussetzungen dafür sind in Euro-

Atlantik längst eingetreten; das Konzept der Vorbeugung gibt darauf die erste richtige Antwort.

Mit der Preisverleihung an Max van der Stoel möchte das Kuratorium Hessischer Friedenspreis auch hinweisen auf die Bedeutung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. 1990 von den ehemaligen Gegnern im Kalten Krieg ins Leben gerufen, hat sie die Vorbeugung zu ihrem politischen Lebenselixier gemacht. Sie arbeitet an der Demokratisierung der Mitgliedstaaten, an der Beachtung der Menschenrechte, pflegt sicherheitspolitisch vertrauensbildende Maßnahmen und hilft bei der Bearbeitung von Bürgerkriegen. Eben erst ist erneut eine OSZE-Mission in Tschetschenien eingetroffen. Hochkommissar van der Stoel ist gestern direkt aus Mazedonien eingeflogen.

Das Kuratorium ist deswegen glücklich darüber, Herrn Dr. Franz Vranitzky als Laudator für unseren Friedenspreisträger gewonnen zu haben. Als langjähriger Bundeskanzler Österreichs war er sozusagen der Hausherr der OSZE. Als Vermittler in Albanien hat er selbst die Vorbeugung erfolgreich praktiziert.

Die Arbeit an der Prävention vollzieht sich leise. Sie umweht nicht das Pathos des Heldenhaften, hat aber nicht zuletzt deswegen Anspruch auf die Würdigung der modernen Gesellschaft. Deren Antwort auf die Konflikte in der Gegenwart kann nur – und muss – die Vorbeugung sein. Niemand hat das so erfolgreich unter Beweis gestellt, wie unser diesjähriger Friedenspreisträger. Dafür hat das Kuratorium Max van der Stoel den Hessischen Friedenspreis 2001 der Albert Osswald-Stiftung zuerkannt.

---

## Franz Vranitzky

---

### Der ehemalige Bundeskanzler der Republik Österreich in seiner Laudatio:

Mit zwei Weltkriegen war das 20. Jahrhundert das blutigste und grausamste Jahrhundert in der Weltgeschichte. Nur zu selbstverständlich war es daher, dass sich Staatsmänner und Privatleute jedweder Herkunft – Professoren, Zeitungsleute, Wirtschaftstreibende und andere – schon in den letzten

Jahren des Zweiten Weltkriegs Gedanken darüber machten, durch geeignete internationale Vereinbarungen und dafür zu schaffende Organisationen einen dritten Weltkrieg zu verhindern und dem europaweiten Ruf des „Niemals wieder“ zur Realität zu verhelfen.

## Bedeutende Gründungen

Die bedeutendste Gründung auf Grundlage dieser Philosophie war die der Vereinten Nationen bereits im Jahr 1945. Auf Europa bezogen folgte im Jahr 1952 die Errichtung der Montanunion, aus der letztlich unsere heutige Europäische Union hervorgehen sollte.

Nun sind aber Kriege im monströsen Ausmaß derer von 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 nicht die einzigen Bedrohungen der persönlichen Sicherheit und der freien Entfaltung der Talente und Vorlieben von Menschen. Organisierte Kriminalität, Diskriminierung der verschiedensten Art, Vorenthaltung staatsbürgerlicher und/oder demokratischer Rechte, polizeistaatliche Methoden und Benachteiligung ethnischer Minderheiten bestehen in etlichen Ländern der Welt fast wie selbstverständlich.

Es herrscht seit langem staatenübergreifende Einigkeit darüber, dass diese gesellschaftlichen und politischen Defizite zu beseitigen sind. Zahlreiche internationale Konventionen legen Zeugnis über diese Einigkeit ab. Wie aber, so fragte man sich die längste Zeit

hindurch, kann ein international bestehender gemeinsamer Wille durchgesetzt werden, wenn doch jeder Staat souverän ist und auf Grund dessen sich jede Einflußnahme von außen von selber verbietet?

Es darf sich niemand in unsere internen Angelegenheiten einmischen, wir regeln diese schon selber, ist eine auch heute gar nicht selten zu hörende politische und gängige populäre Interpretation. Sie – diese Interpretation – mag populär sein. Sie ist nur in unserer Zeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr zutreffend. Nicht mehr real existent. Es haben sich internationale und völkerrechtlich verbindliche Abkommen herausgebildet, die nicht nur verbindliche Normen zum Inhalt haben, sondern auch das Recht der anderen Vertragspartner, dann von außen einzugreifen, wenn einer, der Regeln unterschrieben hat, sie selber verletzt.

*In seiner Laudatio beschrieb der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky Max van der Stoep als einen Mann, in dessen „langer politischer Laufbahn Frieden, Sicherheit und die Wahrung der Menschenrechte stets dominierender Faktor seiner Aktivitäten“ waren. So habe er als Hochkommissar eine zunächst abstrakt umrissene Funktion „sehr persönlich geprägt und wohl auch deshalb so erfolgreich gestaltet.“*

*Bild: Henrich/Hessischer Landtag*



## Hessischer Friedenspreis

*Der Hessische Friedenspreis wurde am 16. Oktober 1993 vom ehemaligen Hessischen Ministerpräsident Albert Osswald und der von ihm begründeten Stiftung ins Leben gerufen. Er ist mit 50.000 DM dotiert und wird seit 1994 jährlich verliehen.*

*Der Preis wird international vergeben und zeichnet Menschen aus, die sich um die Völkerverständigung und um den Frieden verdient gemacht haben. Die Auswahl obliegt dem Kuratorium Hessischer Friedenspreis.*

Im Großen und Ganzen ist das eines der Prinzipien des Helsinki-Gedankens. Die europäischen Staaten legten im Jahr 1975 anlässlich einer Konferenz in Helsinki ihre Absicht fest, eine Konvention zu schaffen, der zufolge die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien, demokratiepolitisch eindeutig definierter Grundsätze und der Menschenrechte für alle Staaten, die sich diesen Grundsätzen anschließen, bindend sein muss und dass sich die Kollegenstaaten einer solcherart geschaffenen gemeinsamen Basis dann einschalten dürfen und sollen, wenn eines oder mehrere der gemeinsam beschlossenen Prinzipien verletzt wird.

Aus dem Helsinki-Prozess hervorgegangen ist die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und aus dieser ist die OSZE hervorgegangen, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die endgültige Charta, die alle Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten festlegt, wurde in Paris im Jahr 1990 feierlich unterzeichnet. Heute gehören der OSZE 55 Staaten an: die europäischen, zahlreiche Republiken der ehemaligen Sowjetunion, Russland selber sowie die USA und Kanada.

Nicht oberster internationaler Polizeichef, sondern ein äußerst sensibler politischer Akteur

Im Jahr 1992 entschlossen sich die Vertragsstaaten der KSZE, die Funktion eines Hochkommissars für Fragen der Nationalen Minderheiten zu schaffen. Die Aufgabe des Hochkommissars besteht darin, festzustellen, ob es in Mitgliedstaaten Spannungen zwischen ethnischen Gruppen gibt; ob diese allenfalls geeignet sind, Frieden, Stabilität oder freundschaftliche Beziehungen zwischen Mitgliedstaaten zu gefährden. Sind solche Risiken gegeben, hat er rechtzeitig nach Lösungen zu suchen. Die formelle Umschreibung des Mandats des Hochkommissars sieht ihn als eine Einrichtung der Konfliktprävention im frühestmöglichen Stadium.

Der heute auszuzeichnende Niederländer Max van der Stoel war der erste Hochkommissar, den die Ministerkonferenz der OSZE für diese Funktion ernannte. Er nahm seine Arbeit zu Beginn des Jahres 1993 auf, wurde in seiner Funktion mehrmals bestätigt und wirkt in dieser schließlich noch bis

zum Ende dieses Monats. Die mehrfachen Prolongationen seiner Bestellung sind für sich allein schon ein Beweis für die ausgezeichnete Wahl, die die OSZE-Minister mit Max van der Stoel getroffen haben. In seiner langen politischen Laufbahn waren Frieden, Sicherheit und die Wahrung der Menschenrechte stets dominierende Faktoren seiner Aktivitäten.

Unter anderem gehörte der Preisträger dem niederländischen Parlament und der Beratenden Versammlung des Europarats an. Dort war er Berichterstatter über Grie-

Alles andere als überraschend ist es angesichts dieser brillanten Karriere, dass Herr van der Stoel zahlreiche staatliche Auszeichnungen verliehen und akademische Ehrungen zuteil wurden. Universitäten von Athen, Prag, Budapest und Bratislava finden sich auf der Liste des vielfachen Ehrendoktors.

Max van der Stoel hat in all seinen Jahren als Hochkommissar diese Funktion, die im seinerzeitigen Beschluss der Minister abstrakt beschrieben ist, sehr persönlich geprägt und wohl auch deshalb so erfolgreich gestaltet. Man muss ja bedenken, dass Spannungen



chenland in den Jahren 1968 bis 1970. In den Jahren 1973 bis 1977 und erneut in den Jahren 1981 und 1982 bekleidete Herr van der Stoel das Amt des Außenministers der Niederlande und von 1983 bis 1986 vertrat er sein Land als Ständiger Repräsentant bei den Vereinten Nationen. In den Jahren 1989, 1990 und 1991 leitete er die holländische Delegation zur Dreifachkonferenz der KSZE über die Humane Dimension.

Zusätzlich fungierte Herr van der Stoel in der Zeit von 1991 bis 1999 als Spezialberichterstatter an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen betreffend Irak.

zwischen Volksgruppen von Land zu Land, von Krisenherd zu Krisenherd recht unterschiedlich sind und daher auch jeweils spezifisches Einfühlungsvermögen erfordern.

Herr van der Stoel hat in den zahlreichen von ihm gesetzten Handlungen immer darauf Wert gelegt und dies auch bewiesen, dass der Hochkommissar nicht als Eingreiforgan, nicht als ein oberster internationaler Polizeichef missdeutet werden darf, sondern dass er mit einer äußerst sensiblen hochpolitischen Aufgabe betraut ist.

Ich betone den Primat der Politik deshalb immer so eifrig, weil zur Bewältigung schwieriger politischer Herausforderungen immer

wieder der Ruf nach dem unpolitischen Experten laut wird. Auch dieser muss letztendlich politisch handeln, oder er scheitert.

Gerade das Präventionselement dieser Funktion führt uns zu der Erkenntnis, dass das Eintreten für die Wahrung von Minderheitsrechten so zu interpretieren ist, dass dadurch auch die Interessen der Mehrheitsbevölkerung und des Gesamtstaats wahrgenommen werden. Übt die politische Führung eines Staates Loyalität zu Angehörigen der Minderheitsbevölkerung, kann sie als Gegenleistung die Loyalität der



*Im Namen des Vorstandes der Albert Osswald-Stiftung überreichte Michaela Jäckel-Osswald (Mitte) Max van der Stoel (links) den achten Hessischen Friedenspreis.*

*Bild: Henrich/Hessischer Landtag*

Minderheitsbevölkerung erwarten, weil diese dann auch Interesse an der Stabilität und der politischen Lebensqualität dieses Staates hat.

Es ist unmöglich, im Rahmen einer Veranstaltung wie der heutigen auch annähernd die große Fülle der Aktivitäten Herrn van der Stoels darzustellen, insbesondere jene mit Langzeitwirkung. So seien nur einige punktuell erwähnt:

Initiative bei der kroatischen Regierung betreffend Programme zur Flüchtlingsrückkehr; Staatssprachengesetzgebung in den baltischen Ländern; Thematisierung der ungarischen Minderheiten in der Slowakei

und der Vojvodina in Budapest; der Dialogmechanismus zwischen Mehrheits- und Minderheitsvölkern bzw. zwischen Minderheiten in zentralasiatischen Ländern; Einrichtung des so genannten Kontaktpunkts für Angelegenheiten der Roma und Sinti in Zusammenarbeit mit dem ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights), eine Unterorganisation der OSZE; Ausbildungs- und Erziehungsprogramme in zahlreichen Staaten mit der Zielrichtung, Minderheitendiskriminierungen zu vermeiden; Befassung mit russischen Klagen über Sprachdiskriminierung in der Ukraine und mit ukrainischen Klagen über Sprachdiskriminierung in Russland; und last but not least die Leadership-Funktion Herrn van der Stoels im Zusammenhang mit der Locarno-Konferenz 1998 und den „Lund-Empfehlungen über die effektive Teilnahme ethnischer Minderheit am öffentlichen Leben“.

Die Verletzung von Menschenrechten und Demokratie sind keine „inneren“ Anliegenheiten

Ich sagte schon früher, die Tätigkeit des Hochkommissars ist eine politische und keine technokratisch-expertenhafte. Sie basiert auf dem grundlegenden Gedanken, dass der Staat, der sich mit anderen zu gemeinsamen Zielen bekennt, sich von diesen anderen auch sagen lassen muss, wenn er diese Ziele verfehlt oder missachtet. Es werden gemeinsame Handlungen gesetzt, um die Zielerreichung wieder herzustellen. Das Vorschützen souveräner Rechte, das Vorschützen so genannter innerer Angelegenheiten gibt es in diesem System nicht mehr und darf es auch nicht geben, wenn Menschenrecht, Menschenwürde und Demokratie verletzt werden.

Wir Europäer sind gerade dabei, unsere Schritte in eine nächste Etappe unserer Zukunft zu überlegen, zu verhandeln, da und dort wahrscheinlich auch (verbal) zu erstreiten. Ich hege die Überzeugung, dass in diesem Prozess einige heute noch gehüteten Souveränitäten aufgehoben werden, um eine neue, höherwertige Souveränität zu gewinnen.

Herr van der Stoel, wir werden gut beraten sein, in ihrem Lebenslauf nachzulesen,

## Das Kuratorium

**Klaus Peter Möller**  
*Präsident des Hessischen Landtags*

**Veronika Winterstein**  
*Vizepräsidentin des Hessischen Landtags*

**Karl Starzacher**  
*Staatsminister a. D., MdL,  
Mitglied des Vorstands RAG Aktiengesellschaft*

**Knut Müller**  
*Rechtsanwalt,  
Vertreter der Albert Osswald-Stiftung*

**Professor Egon Bahr**  
*Ehemaliger Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (ISFH)*

**Professor Dr. Ernst-Otto Czempiel**  
*Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung*

**Dr. Ulrich Ratsch**  
*Stellvertretender Leiter des Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)*

**Dr. jur. Dietrich Schnellbach (ex officio)**  
*Direktor beim Hessischen Landtag*

um uns dort die eine oder andere wertvolle Anregung zu holen. Ich beglückwünsche Sie zu der ehrenvollen Auszeichnung, die Ihnen heute verliehen wird.

---

Max van der Stoel

---

## Der ehemalige Hohe Kommissar der OSZE für Nationale Minderheiten in seiner Danksagung:

Ich danke Ihnen sehr herzlich. Es ist mir eine Ehre, diese hohe Auszeichnung entgegenzunehmen. Ich betrachte sie als Anerkennung dafür, wie wichtig die Verhütung inter-ethnischer Konflikte ist. Mit Konfliktverhütung macht man normalerweise keine Schlagzeilen. War sie erfolgreich, gibt es keinen Konflikt und daher auch keine Berichte darüber. Hoffentlich ist es mir gelungen, in den letzten Jahren einige Schlagzeilen zu verhindern.

Doch leider gibt es in Bezug auf inter-ethnische Konflikte noch immer jede Menge schlechter Nachrichten. Ich möchte diese Gelegenheit zum Anlass nehmen, um auf einige der Lehren des letzten Jahrzehnts und die Herausforderungen an die Konfliktverhütung der Zukunft einzugehen.

### Konfliktverhütung bedarf mehr politischer Investitionen

Es war eine wesentliche Errungenschaft der vergangenen Jahre, dass die Menschenrechte auf der politischen Agenda vorgereicht wurden. Ein Thema, das zuvor kaum erörtert wurde, spielt nun in den internationalen Beziehungen und in der Innenpolitik eine zentrale Rolle.

In den vergangenen zehn Jahren wurden detaillierte internationale Standards zum Schutz der Minderheitenrechte formuliert, wie etwa im Kopenhagener Dokument der OSZE und im Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten.

Immer stärker setzt sich das Bewusstsein durch, dass Menschenrechte geschützt werden müssen, wenn schon nicht vom betroffenen Staat so doch durch die internationale Gemeinschaft. Zu diesem Punkt hat die OSZE eindeutig Stellung bezogen. 1991

kamen die OSZE-Teilnehmerstaaten in Moskau überein, „dass die im Bereich der menschlichen Dimension der [O]SZE eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen“.

Dadurch konnte sich die OSZE einschließlich meines Büros mit Recht und konstruktiv in einigen Staaten in verschiedenen Situationen engagieren, in denen es um den Schutz der Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte ging. Diesem Grundsatz müssen wir treu bleiben.

Menschenrechte gehen uns alle an. Das gilt sowohl aus moralischer als auch aus rechtlicher und sicherheitspolitischer Sicht. In unserer Welt von heute kann sich kein Staat hinter seinen Grenzen verschanzen und die Rechte seiner Bewohner missachten: Die Folgen eines derartigen Handelns betreffen uns alle.

Dieser Überzeugung waren auch einige europäische Staaten zu Beginn der neunziger

Jahre, als gewalttätige Konflikte die Sicherheit in und zwischen ehemaligen kommunistischen Ländern bedrohten. 1992 beschloss die OSZE, das Amt des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten zu schaffen. Grundgedanke des Mandats ist die rasche Reaktion und Frühwarnung in Fällen, in denen nationale Minderheiten betroffen sind.

In Wahrnehmung dieses Mandats unternahm ich ausgedehnte Reisen in die baltischen Staaten, nach Zentralasien, in die Ukraine, nach Mitteleuropa und auf den Balkan, insbesondere nach Mazedonien. Bei diesen Besuchsreisen informierte ich mich vor Ort über Entwicklungen, die die Beziehungen zwischen den Volksgruppen betreffen, erörterte diese Fragen mit den betroffenen Parteien und versuchte, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu fördern.

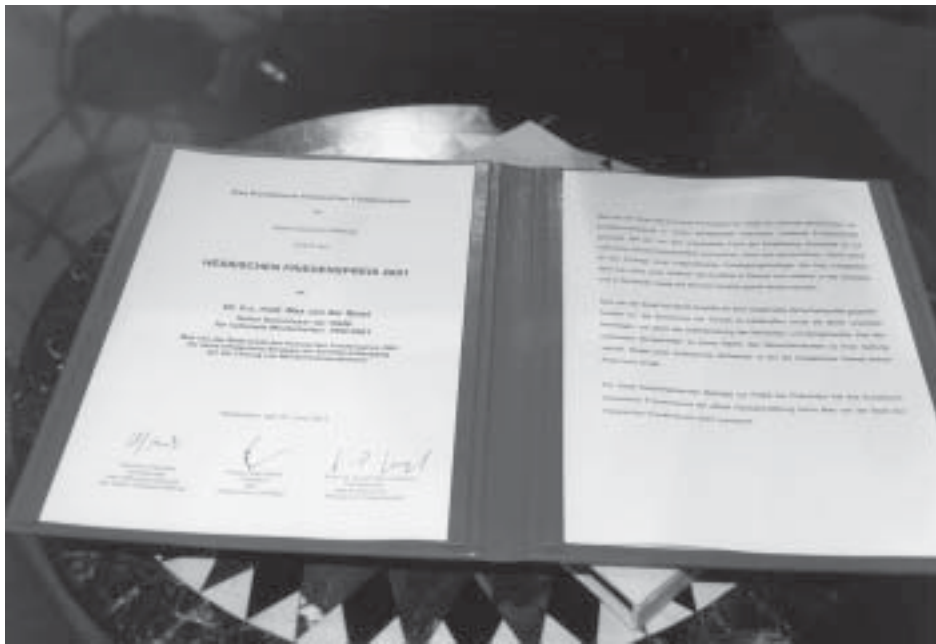
In einigen Fällen verfasste ich auch Empfehlungen dazu, wie sich die Lage der Minderheiten aus meiner Sicht sowohl nach dem Völkerrecht als auch unter Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten verbessern lie-

*In seiner Danksagung verdeutlichte Dr. Max van der Stoel unter anderem am Beispiel von Mazedonien das grundsätzliche Dilemma seiner fast zehnjährigen OSZE-Tätigkeit: „Einerseits ist der beste Zeitpunkt zur Beilegung eines Streitfalls, bevor er zu einem gewalttätigen Konflikt eskaliert. Andererseits glaubt jeder, dass man sich mit einem Problem nicht ernsthaft auseinandersetzen muss, solange die Dinge keine dramatische Wende genommen haben.“*

*Bild: Henrich/Hessischer Landtag*







Blick in die Urkunde

Bild: Henrich/Hessischer Landtag

Be. Ich ging dabei diskret vor, teils weil es mein Mandat so verlangt, aber auch, weil ich nichts davon hielt, heikle Situationen noch zusätzlich aufzubauschen. Bei vertraulichem Vorgehen waren die Parteien eher bereit, mir – und einander – zuzuhören.

Ich möchte einige Schlussfolgerungen aus meiner Tätigkeit ziehen. Erster und wichtigster Punkt ist der Bedarf an Frühwarnung und raschem Handeln. Wir verfügen über Beispiele in ausreichender Zahl, die zeigen, dass zeitgerechtes und wirksames Handeln helfen kann, eine kostspielige Krise abzuwenden.

Statt der späten Einsicht „Wir hätten das vorher sehen müssen“ und statt der Wiederherstellung der Lage nach einem Konflikt, die Milliarden Dollar für den Wiederaufbau verschlingt, sollten wir bei der Konfliktverhütung größeren Weitblick beweisen und zu mehr Investitionen – insbesondere an politischem Kapital – bereit sein.

Auch in der Politik gilt:  
Vorbeugen ist besser als heilen

Wir leben im Informationszeitalter, in dem es Material in Hülle und Fülle gibt, um über die Entwicklungen in der ganzen Welt auf dem Laufenden zu bleiben. An Frühwarnung fehlt es keineswegs. Und trotzdem neigen die Menschen – vor allem Politiker –

dazu, nur auf das zu reagieren, was sich direkt vor ihren Augen abspielt. Und dann ist es häufig zu spät.

Nehmen wir den Fall Mazedonien. Seit Jahren weise ich darauf hin, dass die Lage instabil ist und die Fundamente dieses Mehrvölkerstaates brüchig sind. Aber die Menschen wurden von anderen Entwicklungen in der Region – Bosnien, Kosovo, Serbien, Montenegro – in den Bann gezogen und waren daher offensichtlich außer Stande, die drohende, wenn auch nicht so augenfällige Gefahr in Mazedonien wahrzunehmen. Doch in Mazedonien wiederum schenkte man der Notwendigkeit eines Dialogs über interethnische Fragen nicht die gebührende Beachtung. Erst als der Topf am Überlaufen war, eilten die Köche herbei.

Dies zeigt deutlich das Dilemma, das sich mir so häufig bei meiner Arbeit stellt. Einerseits ist der beste Zeitpunkt zur Beilegung eines Streitfalls, bevor er zu einem gewalttätigen Konflikt eskaliert. Andererseits glaubt jeder, dass man sich mit einem Problem nicht ernsthaft auseinander setzen muss, solange die Dinge keine dramatische Wende genommen haben.

Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge sind lebenswichtig. Sie wären aber weniger notwendig, würden wir mehr in die Konfliktverhütung investieren. Schließlich ist Vorbeugen besser als Heilen. Das heißt, dass wir sowohl national als auch international mehr Ressourcen in die Konfliktverhütung fließen lassen müssen.

## Die Urkunde

*Max van der Stoel hat als Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten die Konfliktvorbeugung zu einem erfolgreichen Instrument moderner Friedenspolitik gemacht. Mit der von ihm entwickelten Form der Empfehlung vermochte er auf zahlreiche Minderheitenkonflikte einzuwirken, ohne sich einzumischen. Damit schuf er den Prototyp einer pragmatischen Vorbeugungsstrategie. Sie trug maßgeblich dazu bei, dass unter anderen die Konflikte in Estland und Lettland, in der Slowakei und in Rumänien sowie auf der Krim friedlich gelöst werden konnten.*

*Max van der Stoel hat damit Anstöße für eine zeitgemäße Sicherheitspolitik gegeben. Anstatt nur die Symptome der Gewalt zu bekämpfen, muss sie deren Ursachen beseitigen: vor allem die Unterdrückung der Menschen- und Bürgerrechte. Wer den nationalen Minderheiten zu ihrem Recht, den Menschenrechten zu ihrer Geltung verhilft, fördert jene umfassende Sicherheit, in der die kriegerische Gewalt keinen Platz mehr findet.*

*Für diese beispielgebenden Beiträge zur Politik der Prävention hat das Kuratorium Hessischer Friedenspreis der Albert Osswald-Stiftung Herrn Max van der Stoel den Hessischen Friedenspreis 2001 zuerkannt.*

So kann zum Beispiel viel durch konkrete Projekte zum Spannungsabbau, durch den Aufbau institutioneller Kompetenz oder durch die Unterstützung von Entwicklungsprojekten bewirkt werden, die einer Benachteiligung von Minderheiten entgegenwirken können. Derartige Investitionen erfordern keinen großen Einsatz, doch können sie hohe Dividenden abwerfen.

Eine weitere zentrale Überlegung ist es, die „Wurzel des Übels“ zu bekämpfen. Wir dürfen zwar kulturelle, geschichtliche und symbolische Fragen nicht übergehen, müssen aber versuchen, zum Kern der Fragen vorzudringen, um die sich die Auseinandersetzung dreht. Deshalb versuche ich immer, die Parteien zu konkreten Aussagen, zur Formulierung ihrer Anliegen und zur Suche nach kooperativen und konstruktiven Problemlösungen zu bewegen.

### Dialog als Katalysator für Veränderungen

Diesbezüglich ist es wichtig, dass sich alle Parteien darüber im Klaren sind, dass für politische Lösungen ein Kompromiss erforderlich ist, wobei gewisse Grundsätze gewahrt bleiben müssen. Streitparteien, die mit Maximalforderungen auftreten, stoßen häufig auch auf maximalen Widerstand. Lösungen auf lange Sicht erzielt man am besten durch einen pragmatischen, schrittweisen Ansatz, der auf politisch machbaren Zielsetzungen gründet.

Dialog kann als Katalysator für Veränderungen wirken. Damit komme ich zu einer dritten Feststellung allgemeiner Art, dass nämlich interethnische Spannungen häufig durch ein Kommunikationsdefizit bedingt sind. Dialog ist ein wichtiger Prozess, um



*Bis zum Schluss im Einsatz: Max van der Stoep (2. von rechts) – hier auf dem Weg vom Festakt zum Empfang im Hessischen Landtag – kam direkt von Vermittlungsgesprächen in Mazedonien nach Wiesbaden. Nach seinem Ausscheiden als Hoher Kommissar am 30. Juni ernannte der amtierte Präsident der OSZE, Rumäniens Außenminister Mircea Geoana, den 77-jährigen Niederländer zu seinem persönlichen Bevollmächtigten mit der Aufgabe, den Dialog für eine rasche Lösung der gegenwärtigen Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu fördern.*

*Bild: Henrich/Hessischer Landtag*

Missverständnisse auszuräumen und Vertrauen zwischen den Parteien herzustellen. Er sollte sich nicht auf Krisensituationen beschränken, sondern Teil des normalen Diskurses sein. Mitunter braucht man einen Dritten, um den Prozess in Gang zu bringen beziehungsweise voranzutreiben.

In einigen OSZE-Ländern ist es mir gelungen, diese Rolle zu übernehmen. Aber letztlich müssen die Parteien am Ende selbst Mittel und Wege finden, um ihre eigenen Kommunikationsmöglichkeiten auf eine dauerhafte Basis zu stellen.

Viertens möchte ich anmerken, dass die wirksame Teilnahme nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben eine wesentliche Komponente einer friedlichen Gesellschaft ist. Minderheiten fühlen sich mitunter von Entscheidungen, die sie betreffen, ausgeschlossen oder der Gesellschaft entfremdet, in der sie leben. Durch die wirksame Teilnahme an Entscheidungsprozessen und -gremien erhalten Minderheitenvertreter die Möglichkeit, ihre Sichtweise den Behörden darzulegen.

Das kann dazu beitragen, dass Behörden größeres Verständnis für die Anliegen von Minderheiten haben. Gleichzeitig bietet es den Behörden eine Plattform, um ihre politischen Vorstellungen und Absichten zu erläutern, was wiederum zu einer kooperativeren und weniger konfrontativen Situation beitragen kann. Dadurch können das Zugehörigkeits-

gefühl einer Minderheit verstärkt und die Ängste und Vorurteile der Mehrheit abgebaut werden. Aus welchem Grund ist das so wichtig? Die Antwort liegt auf der Hand. Fehlende Integration führt üblicherweise zum Zerfall. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien sind ein deutliches Warnsignal vor dem Krebsgeschwür der Intoleranz in multiethnischen Gesellschaften. Derartige Konflikte sind durch schwere Menschenrechtsverletzungen, die systematische Ausgrenzung

und Unterdrückung einer oder mehrerer Gruppen durch eine andere gekennzeichnet. In manchen Fällen erzeugt die Ausgrenzung Frustration.

In anderen Fällen wird das Anderssein als Bedrohung erlebt, der man mit Gewalt begegnet. Diese Phänomene beschränken sich nicht auf den Balkan. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und extremer Nationalismus gedeihen in ganz Europa.

Von mancher Seite, insbesondere von extremen Nationalisten, wird behauptet, interethnische Konflikte würden beweisen, dass Mehrvölkerstaaten nicht lebensfähig seien – nur Nationalstaaten könnten stark sein. Ich habe den Eindruck, dass sich sogar unter einigen liberalen Kommentatoren zunehmend Fatalismus in Bezug auf die Zukunft von Mehrvölkerstaaten breit macht.

### Kulturelle Vielfalt als eine Quelle der Stärke

Was heißt das aber für uns? Wollten wir ein Europa, in dem jede Nation „ihren eigenen“ Staat hat, bedeutete das ein endloses Neuziehen der Grenzen, einen ständigen Strom von Umsiedlern und Menschen, die in einem in sich geschlossenen kulturellen Umfeld leben. Das ist weder machbar noch wün-

schenswert. Wo also liegt die Alternative? An erster Stelle steht die klare Aussage, dass ethnisch reine Nationalstaaten nicht die Norm sind und Bemühungen, sie zu schaffen, üblicherweise Konflikte heraufbeschwören. In Anbetracht dessen müssen wir der Tatsache Rechnung tragen, dass Mehrvölkerstaaten eine Realität sind und kulturelle Vielfalt eine Quelle der Stärke sein kann. Auch ich denke, dass es eine Sisyphusarbeit ist, Mehrvölkerstaaten nach Ausbruch eines Konflikts zusammenzuhalten.

Deshalb müssen wir zu allererst verhindern, dass gewalttätige Konflikte ausbrechen. Darüber hinaus bin ich davon überzeugt, dass es Mittel und Wege gibt, zu verhindern, dass der Fels des Nationalismus immer wieder auf uns zurückrollt.

Eine zentrale Überlegung lautet, starke rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Rechte aller, einschließlich der Angehörigen nationaler Minderheiten, schützen. Minderheiten müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Identität, etwa ihre Sprache, ihre Symbole und ihre Kultur, zu schützen und weiterzuentwickeln. Im Rahmen eines demokratischen Staates, dessen Grundlage die Rechtsstaatlichkeit bildet, sollte das noch keine Bedrohung für die Mehrheit bedeuten. In Wirklichkeit ist es so: Je stärker Minderheiten in einem Staat integriert sind, desto grö-

ßer ist die Chance, dass sie sich dort zu Hause fühlen.

Der Wunsch der Minderheit, über ihr Schicksal selbst zu verfügen, kann in manchen Fällen durch Selbstverwaltung befriedigt werden, ohne dass dies zum Zerfall eines Staates führt.

Autonomie darf nicht mit Separatismus verwechselt werden

Durch verschiedene Formen der so genannten ‚inneren‘ Selbstbestimmung können Minderheiten jene Aspekte ihres Lebens regeln und verwalten, die ausschließlich oder in erster Linie sie betreffen. Das kann in geschlossenen Wohngebieten von Minderheiten durch ein System territorialer Autonomie erreicht werden. Wenn Minderheiten zerstreut siedeln, wäre eine mögliche Lösung ein System persönlicher oder kultureller Autonomie.

Derartige Formen von Autonomie sollten nicht mit Separatismus verwechselt werden, da sie auf gemeinsamen Vorstellungen und rechtsstaatlichen Institutionen, der Achtung der Menschenrechte, gemeinsamer Sicherheit und der Schicksalsgemeinschaft innerhalb eines Staates beruhen.

Das Oktett des Jugend Sinfonie Orchesters des Landes Hessen umrahmte den Festakt mit dem ersten Satz *Allegro moderato ma non fuoco* von Felix Mendelssohn Bartholdy (aus dem Oktett *Es-Dur op. 20*) und einem Scherzo von Dimitri Schostakowitsch (aus dem Streichoktett *op. 11*).

Bild: Henrich/Hessischer Landtag



## Die bisherigen Preisträger

**1994** Die Norwegerin **Marianne Helberg-Holst** für ihre Vermittlungsbemühungen zwischen Israel und der PLO

**1995** Der Nordire **John Hume** für seine Vermittlungsbemühungen zwischen der IRA und der britischen Regierung

**1996** Monsenior **Gregorio Rosa Chavez** für seine Vermittlungsbemühungen zwischen der Guerilla und der Regierung in El Salvador

**1997** **Hans Koschnik** für seine Vermittlungsbemühungen als EU-Administrator in Mostar

**1998** General a. D. **Alexander Lebed**, Gouverneur der Region Krasnojarsk, für seine Vermittlungsbemühungen zur Beendigung des ersten Tschetschenien-Krieges

**1999** US-Senator a. D. **George J. Mitchell** für seine Vermittlungsbemühungen um die Beendigung des Nordirland-Konflikts

**2000** **Martti Ahtisaari**, ehemaliger finnischer Staatspräsident, für seine Vermittlung zur Beendigung des Kosovo-Krieges

Diese Lektionen müssen wir erst richtig lernen. Betrachtet man die jüngsten Entwicklungen in Mazedonien, die gewalttätigen Ausschreitungen in Bosnien und Herzegowina, die Kämpfe im Preševo-Tal, die schwellenden Spannungen im Kosovo, die populistischen Appelle an den Nationalismus, die Gefahr eines religiösen Extremismus in Zentralasien und den Terrorismus separatistischer Gruppierungen in einigen OSZE-Staaten, so ergibt dies ein düsteres Bild.

Und dennoch kam es im letzten Jahrzehnt zu positiven Entwicklungen. Sie sind nicht so augenfällig, jedoch mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger. Heute sind internationale Standards in Bezug auf Minderheitenrechte gut eingeführt und ihre Umsetzung wird genau beobachtet.

### Minderheitenpolitik gehört zu „good governance“

Viele Länder im OSZE-Gebiet verfügen heute über institutionalisierte Dialogforen, in denen Minderheiten eine Stimme haben; in immer mehr Staaten werden Minderheitenrechte gesetzlich verankert; manche Regierungen haben Reformen durchgeführt – zum Beispiel in der öffentlichen Verwaltung und im Bildungswesen –, die Minderheiteninteressen entgegenkommen.

Bilaterale Verträge und Dialog haben unter Nachbarstaaten den Verdacht zerstreut, dass Minderheiten sich als Trojanisches Pferd

erweisen könnten. Andererseits konnten sich die Minderheiten in vielen OSZE-Staaten vom Vorteil des Dialogs und der Partizipation überzeugen und erkennen, dass ein Kompromiss mehr bringt als eine Konfrontation.

Einige dieser Veränderungen kamen auf internationalen Druck hin zustande. Ich denke aber, dass bei den Regierungen und Minderheitenvertretern auch das Verständnis dafür wächst, dass das Aufgreifen von Minderheitenanliegen einfach zu „good governance“ gehört.

Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass man alle interethnischen Konflikte lösen kann. Allerdings halte ich interethnische Konflikte auch nicht für unvermeidlich. Wir wissen heute mehr darüber, weshalb Konflikte ausbrechen und wie man sie verhindern kann. Es gibt Standards zum Schutz von Minderheitenrechten und ein ständig

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung  
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main  
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

größer werdendes ‚Instrumentarium‘ von Konfliktverhütungstechniken.

### Verstärkung der Fundamente

Doch bleibt uns noch viel zu tun, was Investitionen in Konfliktverhütung, die Reaktion auf Frühwarnsignale und die Verstärkung der Fundamente von Mehrvölkerstaaten anbelangt. Auf diese Weise können wir Frieden innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten schaffen. Im letzten Jahrhundert, eigentlich im letzten Jahrzehnt, gab es genügend Warnungen vor den Folgen unseres Scheiterns.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und möchte Ihnen nochmals für die große Ehre danken, die Sie mir durch die Verleihung dieses Preises zuteil werden ließen.

#### HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Forschungsgruppen zu den Themen: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Internationale Organisation, Entwicklung und Demokratie sowie Gewaltprävention und Konfliktintervention. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den HSFK-Standpunkten gibt das Institut mit den „HSFK“- und „PRIF-Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in deutsch und englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“

stellen darüber hinaus die grundlegenden Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und die beiden Friedensforschungsinstitute IFSH und FEST seit 1987 ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik analysiert und kommentiert.

V.i.S.d.P.: Nicola Buskotte, Presse- und Öffentlichkeitsreferat der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81

E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der HSFK-Standpunkte ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck  
ISSN 0945-9332